



Sprechzettel

Jochen Homann

Präsident der Bundesnetzagentur

Es gilt das gesprochene Wort

am 24. und 25. Juni 2013 in Berlin

„BNetzA meets science“

Wissenschaftsdialog 2013

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie heute hier in Berlin zu unserem ersten Wissenschaftsdialog begrüßen zu dürfen. Unser erster Redner, Herr Staatssekretär Kapferer, ist leider kurzfristig verhindert. Umso mehr freue ich mich, dass mit Herrn Dauke gekommen ist und zu Handlungsfeldern der Energieforschung vortragen wird. Herr Dauke gehört als zuständiger Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium sicher zu den Machern der Energiewende.

Berlin hat sich mit seinen bedeutenden Technologie-Unternehmen, Forschungsinstituten, Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen zu einem dynamischen und hoch interessanten Technologie-Standort entwickelt. Die Energiewende bedeutet einen grundlegenden Wandel, der mit dem Umbau unserer Energieversorgung sehr weit in die künftige wirtschaftliche Entwicklung und auch in die konkreten Lebensbereiche der Menschen hineinreichen wird. Wir werden auf diesem Weg, der steinig genug sein wird, in hohem Maße auf die Innovationskraft von Wissenschaft und Wirtschaft setzen müssen. Welche Formen der Energieerzeugung wollen wir künftig nutzen? Welche Energieträger stehen heute schon zur Verfügung oder müssen noch weiterentwickelt werden? Wie verbessern wir in unserem täglichen Leben die Energieeffizienz? Wie schaffen wir es, dass Strom bezahlbar bleibt – sowohl für die Bürgerinnen und Bürger als auch für unsere Unternehmen und Industrien? Das sind nur einige der Fragen, die uns aktuell bewegen.

Klar ist allerdings schon heute, das Energiesystem der Zukunft wird nur mit einer adäquaten Netzinfrastruktur gelingen. Nur durch einen beschleunigten Netzausbau können die Erneuerbaren Energien erfolgreich integriert und der regenerativ erzeugte Strom zu den Verbrauchsschwerpunkten transportiert werden. Dies ist sicherlich nicht der einzige, aber in jedem Fall ein ganz zentraler Baustein für das Gelingen der Energiewende insgesamt. Das Projekt ist ausgesprochen ambitioniert. Von Anfang an wurden sehr ehrgeizige Ziele formuliert: Bis zum Jahr 2022 werden wir endgültig aus der wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie ausgestiegen sein. Ein ganz zentraler Treiber für die notwendigen Netzkapazitäten ist, dass die Erneuerbaren Energien den Hauptanteil an unserer Stromversorgung übernehmen. Bereits jetzt liegt deren Anteil bei etwa 25 Prozent – im Jahresdurchschnitt! Die vor uns liegenden Herausforderungen sind vielfältig. Es sind Herausforderungen, die mit

dem Netzausbau zusammenhängen und die Bundesnetzagentur in unterschiedlichem Maß betreffen – sie betreffen Technik, Beteiligung, Wirtschaft und Umwelt.

Im Mittelpunkt stehen heute die übergreifenden Fragen: Welchen Beitrag können Wissenschaft und Forschung zur Energiewende leisten und wie fördern wir Forschung und Innovation bei Energieerzeugung und -speicherung effektiv? Klar ist, die Energiewende ist ohne wissenschaftliche Fortschritte kaum zu stemmen. Wir brauchen Ihre grauen Zellen, aber wir brauchen Sie auch als Vermittler in der Gesellschaft - denn Energiewende klingt zwar einfach, ist aber hochkomplex und in ihren vielen Facetten für den Laien kaum noch nachvollziehbar. Deshalb muss auch die Energieforschung intensiv und kontinuierlich vorangetrieben werden. Welches Mittel die Politik dafür zur Verfügung stellt; Herr Dauke wird sicher etwas dazu sagen.

Für den Netzausbau bedeutet dies, dass wir – trotz aller Beschleunigung – genügend offen sein müssen, um den Umfang wie auch die konkrete Ausgestaltung des Ausbaus an die Entwicklung von Energieproduktion, Energieverbrauch und an technologische Entwicklungen anzupassen. Doch der Netzausbau ist mehr als die Summe aus Technik und Wirtschaft. Neben technisch und wirtschaftlich orientierter Forschung sind insbesondere auch Gesellschafts- und Geisteswissenschaften gefordert. Wir brauchen auch aus dieser Richtung Unterstützung, um der Wechselwirkung von Mensch und Technik gerecht werden zu können. Von besonderem Gewicht ist die wirksame Vernetzung von Forschungsgebieten mit Energierelevanz, so wie die Energiewende ein Thema ist, dass nicht nur einem Ressort zugeordnet werden kann. Der Erfolg wird maßgeblich davon abhängen, ob und in welchem Umfang es uns gelingt, technische mit wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fragestellungen zu verknüpfen und interdisziplinäre Lösungsansätze zu finden. Ich bin zuversichtlich, dass uns das gelingen wird. Denn die deutsche Hochschul- und Forschungslandschaft ist gut aufgestellt. Wir haben einen leistungsfähigen Verbund an Universitäten, Hochschulen und Forschungsinstituten.

Deutschland ist ohne Zweifel in Europa und auch international Vorreiter und stellt sich als erstes Land dieser ambitionierten Aufgabe. Wir brechen damit auf in weitgehend unbekanntes Gelände. Vielleicht ist es ja gut, dass wir nicht jede

Entwicklung von morgen schon heute kennen. Wichtig ist allerdings, dass wir uns bei aller notwendigen Planung und Zielvorgaben die notwendige Beweglichkeit erhalten, um flexibel auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können. Auf einige konkrete Herausforderungen werden wir im Rahmen unseres Wissenschaftsdialoges eingehen. Insbesondere am morgigen Nachmittag, werden Sie die Gelegenheit haben, in verschiedenen Foren einzelne Fragenstellungen in kleinem Kreis intensiv zu diskutieren. Insoweit reflektieren die einzelnen Foren zentrale Zukunftsfragen des Netzausbaus.

So werden im Forum 1 Technische Herausforderungen des Netzausbaus diskutiert. Die Energiewende wird für den Wirtschaftsstandort Deutschland dann erfolgreich sein, wenn sie sich zum Motor für Innovationen entwickelt. Technisches Innovationspotential begleitet auch die Diskussion zum Netzausbau: Bei der Planung des Netzausbaus geht es neben der Frage, „wo wird ausgebaut“ auch darum, „wie wird ausgebaut“. Je besser die Technologie sich weiterentwickelt, desto verträglicher kann der Netzausbau gestaltet werden. Insbesondere Smart Meter, Smart Grids, Erdkabel, HGÜ und Speicher sind in dem Zusammenhang viel diskutierte Schlagworte, wenn über die intelligenten Stromnetze der Zukunft gesprochen wird. Es scheint alles ganz einfach zu sein: Die Netze sollen smart werden, die Märkte sollen smart werden und dazu braucht man nur intelligente Zähler in allen Haushalten zu installieren. Doch ist das alles so einfach? Ich gebe zu, dass die „smarte“ Energiewende modern und verheißungsvoll klingt. Daher ist es umso wichtiger, die zum Teil sehr hoch gesteckten Erwartungen zu versachlichen und auf das zu konzentrieren, was sie wirklich sind: Die smarte Energiewelt ist ein wichtiger Baustein, nicht aber die Lösung aller Probleme. Zentrale Forderung der Bundesnetzagentur ist dabei, die Bereiche intelligente Netze und intelligente Märkte klar abzugrenzen. Wo immer dies geht, sollten wir nicht auf staatliche Regulierung setzen, sondern die Kräfte von Markt und Wettbewerb nutzen. Diesem Leitgedanken folgt die Bundesnetzagentur, weil wir davon überzeugt sind, dass nur so die notwendige Innovationsdynamik erzeugt wird. Die Bundesnetzagentur sieht konsequenterweise nur den Bereich „smart grids“ als eine Aufgabe der Netzbetreiber. Durch den zusätzlichen Einsatz von Kommunikations-, Mess-, Regel-, Steuer-, Automatisierungstechnik können in der Tat die Steuerungsmöglichkeiten der Netze erhöht werden. Ziel ist es im Wesentlichen, „mehr Platz“ im Verteilernetz schaffen, also die dort tatsächlich nutzbaren Netzkapazitäten zu vergrößern.

Voraussetzung ist allerdings, dass dies wirtschaftlicher ist als der Zubau weiterer konventioneller Netzkomponenten. Aus unserer Sicht ist allerdings ein flächendeckender Rollout von intelligenten Stromzählern für die Weiterentwicklung der Energienetze zu Smart Grids nicht unbedingt erforderlich.

Im Forum 2 geht es um Transparenz beim Netzausbau. Über die Notwendigkeit einer verstärkten Beteiligung der Bürger an Planungsprozessen herrscht breiter Konsens. Wesentlich offener ist hingegen die Frage, wie das im konkreten Einzelfall so ausgestaltet werden kann, dass wir zu verlässlichen Entscheidungen kommen, die am Ende auch von möglichst vielen mitgetragen werden. Und das dann auch noch in einem vertretbaren Zeitrahmen. Von Seiten der Bundesnetzagentur setzen wir beim Thema Netzausbau jedenfalls auf eine proaktive, breit angelegte und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung. Unsere Grundphilosophie ist: Nur durch ein Höchstmaß an Transparenz und Bürgerbeteiligung vom ersten Tage an wird die notwendige Akzeptanz gefördert. Eine wichtige Erkenntnis ist, dass Transparenz zwar eine notwendige Grundvoraussetzung ist, alleine aber nicht ausreicht. Vielmehr müssen die Bürger aktiv mit eingebunden werden. Deshalb werben wir nicht für Akzeptanz für fertige Pläne, sondern für echte Beteiligung. Nur durch einen ergebnisoffenen Dialog wird deutlich, dass die Politik die Sorgen der Menschen wirklich ernst nimmt. Genau das ist unsere Leitlinie für die Bürgerbeteiligung beim Thema Ausbau der Übertragungsnetze. Wir haben bereits begleitend zu den ersten Verfahrensschritten – Bestätigung des Szenariorahmens und des Netzentwicklungsplans – einen intensiven Bürgerdialog organisiert. Dieses ausgesprochen hohe Maß an Bürgerbeteiligung dürfte bei vergleichbaren Infrastrukturvorhaben seinesgleichen suchen.

Im Forum 3 steht die wirtschaftliche Perspektive des Netzausbaus im Blickpunkt. Der Umbau der Energieversorgung ist eine Operation am offenen Herzen – sprichwörtlich bei laufendem Volllastbetrieb – und das bei einer führenden Industrienation, die dieses Fundament des wirtschaftlichen Erfolgs auch für die Zukunft sichern und ausbauen will. Da sind Unterbrechungen in der Stromversorgung ein Horrorszenario für jeden Betrieb, nicht nur bei der Industrie oder im produzierenden Gewerbe. Um Produktionsausfälle und Umsatzeinbußen zu verhindern, tun wir deshalb alles, um das bislang vorbildlich hohe Maß an Versorgungssicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten. Unsere

Energieinfrastruktur ist einem Stresstest ausgesetzt ist, der uns im Winter 2012 bereits zu bestimmten Zeitpunkten in kritische Bereiche geführt hat. Um das Risiko eines Blackouts auszuschalten, müssen wir für den Übergang zu Notmaßnahmen greifen. Und ich gebe offen zu: Die Markteingriffe oder Zwangsmaßnahmen, die der Gesetzgeber z. B. im sog. „Wintergesetz“ vorsieht, entsprechen nicht unbedingt ordnungspolitischen Idealvorstellungen. Doch Maßnahmen, wie die unter Vertragnahme von konventionellen Reservekraftwerken und die Anzeigepflicht von Kraftwerksstilllegungen sind leider unvermeidbar, um kurzfristig die Versorgungssicherheit sicherzustellen. Das Gesetz ist eine Übergangslösung, deren Notwendigkeit sich hoffentlich im Zeitablauf von selbst erledigen wird. Der Gesetzgeber hat mit dem „Wintergesetz“ Zeit erkaufte. Diese Zeit muss genutzt werden, denn eine wirklich dauerhafte Entlastung kann nur durch einen zügigen Netzausbau erfolgen. Dass auf diesem Weg auch die Strompreise steigen werden, ist im Kern akzeptabel, weil immer klar war, dass der komplette Umbau unserer Stromversorgung nicht zum Nulltarif zu haben ist. Aber dies verpflichtet uns umso mehr dazu, vermeidbare Kostensteigerungen auch tatsächlich zu vermeiden. Die Bundesnetzagentur tut dies konsequent im Bereich der Netzentgelte, die etwa ein Viertel des Strompreises ausmachen. Dazu legen wir uns gelegentlich auch mit den Netzbetreibern an. Allerdings ändert dies nichts daran, dass der notwendige Netzausbau finanziert werden muss mit der Folge, dass die Netzentgelte nach Jahren des Rückgangs wieder nach oben gehen. An anderer Stelle drohen die Kosten zunehmend aus dem Ruder zu laufen. Zur Verdeutlichung: Der Berechnung der EEG Umlage 2013 wurden Einspeisevergütungen von rund 21 Mrd. Euro zugrunde gelegt – bezahlt von privaten Haushalten, von mittelständischen Handwerks und Gewerbebetrieben und auch von der Industrie. Dem stehen Börsenerlöse von gut 2,5 Mrd. Euro gegenüber. Ein Unternehmen, das für sein Produkt mit Kosten von über 20 Mrd. Euro gerade einmal 2,5 Mrd. Euro erlöst, hätte allen Anlass, sein Geschäftsmodell zu überdenken. Es ist offensichtlich – und inzwischen ja auch weitgehend Konsens – dass kurzfristiger Handlungsbedarf am EEG besteht. Wir müssen hier den Fokus auf die Kostendebatte richten! Es muss vor allem darum gehen, die Kosten insgesamt in einem beherrschbaren Rahmen zu halten.

Und schließlich behandelt Forum vier Fragen der Infrastruktur in der Landschaft. Wir müssen alles daran setzen, beim Netzausbau mögliche Belastungen für Mensch und

Umwelt, wo immer es geht, möglichst zu vermeiden oder aber zumindest wirksam zu verringern. Der Gesetzgeber hat der Bundesnetzagentur darum den Auftrag erteilt, schon frühzeitig mögliche Auswirkungen – zum Beispiel auf die Gesundheit, auf die Natur oder auch auf historische Stätten – zu prüfen. Wir brauchen soviel Netzausbau, wie notwendig, gleichzeitig aber auch so wenig wie möglich. Wir müssen eine vernünftige Balance zwischen dem energiewirtschaftlich Notwendigen und dem für Natur, Umwelt und Menschen Vertretbaren zu finden. So ist es beispielsweise ein wichtiger genereller Grundsatz, dass Maßnahmen zur Verstärkung des vorhandenen Netzes Vorrang haben. Reicht das nicht, folgen in zweiter Priorität Neubaumaßnahmen in schon vorhandenen Trassen. Erst danach kommen komplett neue Trassen in Frage. Diese Abschichtung wird auch als „NOVA-Prinzip“ bezeichnet: Netz-Optimierung, vor Verstärkung, vor Ausbau. Das Beispiel „Umwelt“ zeigt besonders gut, wie sehr die einzelnen Fachrichtungen miteinander verknüpft sind. Die Entscheidung Freileitung oder Erdkabel kann z.B. nicht allein aus technologischem Blickwinkel betrachtet werden, denn je nach Technologie variieren auch die Umweltauswirkungen.

Fest steht: Wir wollen ein nachhaltiges Energieversorgungssystem auf der Basis erneuerbarer Energien aufbauen. Und der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien ist mit enormen technologischen, wirtschaftlichen, umweltspezifischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen verbunden. Gelingen kann dies nur als gemeinsame Kraftanstrengung aller beteiligten Akteure – auch über politische und regionale Grenzen und ebenso über die Grenzen wissenschaftlicher Fachrichtungen hinweg. Zu fragen ist: Welchen Beitrag können wir und welchen Beitrag können Sie zur Bewältigung dieser Herausforderungen leisten? In den vergangenen zwei Jahren haben wir bereits einen Stück des Weges hinter uns gelegt und wir sind auf dem richtigen Weg. Anfang Juni hat der Bundesrat dem Bundesbedarfsplangesetz und der Verordnung zur Planfeststellung zugestimmt. Damit ist jetzt der Weg frei für eine wirksame Beschleunigung beim Netzausbau. Jetzt kann die konkrete Arbeit beginnen, sprich die Planungs- und Genehmigungsverfahren. Bereits sehr zeitnah nach dem Inkrafttreten des Gesetzes rechnen wir mit den ersten Anträgen auf Bundesfachplanung. Mit jeder Stufe, die wir jetzt weiter voranschreiten, wird die Wichtigkeit wissenschaftlicher Erkenntnisse größer. Deshalb setzen wir gerade auch auf Ihre Inputs und den Austausch mit der Wissenschaft. Wir haben bereits sehr erfolgreich einen Technikdialog und einen Umweltdialog durchgeführt. Heute freuen

wir uns, mit Ihnen - zahlreichen Vertretern aus der Wissenschaft und Forschung - in den Dialog zu treten. Wir laden Sie herzlich ein, den Prozess aktiv mitzubegleiten und mitzugestalten. Deshalb soll es sich bei dem Wissenschaftsdialog auch nicht um eine einmalige Veranstaltung handeln, sondern der Beginn eines dauerhaft angelegten Austauschs. In diesem Sinne hoffe ich auf eine informative Tagung für Sie und für uns, mit weiterführenden Diskussionen und Gesprächen. Ausgesprochen bewährt hat sich bei unseren zurückliegenden Veranstaltungen die bewusst externe Moderation. Ich freue mich deshalb, dass Herr Eggert Sie jetzt durch das weitere Programm heute und morgen führen wird.

Vielen Dank!